

Altpreußische Zeitung

Elbinger

Tageblatt.



Dieses Blatt (früher „Neuer Elbinger Anzeiger“) erscheint wöchentlich und kostet in Elbing pro Quartal 1,80 Mk., mit Postenlohn 1,90 Mk., bei allen Postanstalten 2 Mk.

— Telephon-Anschluß Nr. 3. —

Insertions-Kaufträge an alle ausw. Zeitungen vermittelt die Expedition dieser Zeitung.

Insertate

15 Pf. Nichtabnehmer und Adressierte 20 Pf. die Spalte oder deren Raum, Reklamen 25 Pf. pro Zeile, 1. Platzreklamaplatz kostet 10 Pf. Expedition Spieringstraße 18.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Max Wiedemann in Elbing.

Eigentum, Druck und Verlag von S. Gatz in Elbing.

Nr. 158.

Elbing, Freitag

9. Juli 1897.

49. Jahrg.

Für das Zustandekommen der Vereinsgesetznovelle

nach den Beschlüssen des Herrenhauses geht Freiherr v. Stumm und sein Anhang mit großem Eifer ins Zeug. Frhr. v. Stumm spekuliert darauf, wie er im Herrenhaus offen erkennen ließ, daß es ihm gelingt, in den industriellen Bezirken durch Kundgebungen mindestens 11 Nationalliberale zu bewegen, der Abstimmung in Berlin fern zu bleiben. Alsdann wäre es möglich, daß mit 211 gegen 210 Stimmen die Abänderungsanträge angenommen würden. Er hat jetzt einige rheinisch-westfälische Großindustriellen zu Gunsten der Herrenhausbeschlüsse mobil gemacht. Erumpelnd kündigen „Kohl“ und „Nordb. Allg. Ztg.“ an, daß demnächst eine Kundgebung der rheinisch-westfälischen Großindustrie zu Gunsten der Annahme der Herrenhausbeschlüsse erscheinen werde. Diese „Kundgebung“ soll offenbar auf die nationalliberalen Vertreter industrieller Bezirke im Abgeordnetenhaus einwirken. Bei der zweiten Lesung ist aber gerade aus einem industriellen Bezirk der Abg. Schmieding Dortmund gegen die Beibehaltung der Anträge als Wortführer der nationalliberalen Partei aufgetreten. Es läßt sich für die Stumm'sche Beeinflussung nur die Nationalliberalen in den industriellen Kreisen der Regierungsbezirke Düsseldorf und Aachen in Betracht, also in Vennep-Sollingen die Abgg. v. Cuny, v. Eytern und Heiders, in Eifel-Donnersberg v. Raupp, in Mettmann Bittlinger, in Essen-Donatus und Hammacher. Abg. Burch hat schon bei der momentanen Abstimmung am 28. Mai mit der Mehrheit gestimmt. Im Reglementbezirk Aachen konnten nur in Frage kommen die Abgg. für Hagen-Schwelm Dr. Baumer und Dr. Vohmann, die Dortmund Abgg. Schmieding, Dr. Schulz, Schulze-Vellinghausen, für Hamm-Sooß Schulze-Sietou und für Altona-Friedrichs Roelle und Herbert. Die angeführten Abgeordneten haben bei der momentanen Abstimmung am 28. Mai sämtlich gegen die Beibehaltung der Anträge gestimmt mit Ausnahme des Abg. v. Eytern, der als krank und des Abg. Schulze-Vellinghausen, der als beurlaubt angeführt ist. Abg. v. Eytern ist inzwischen genesen und im Abgeordnetenhaus aufgetreten. Es wird abzuwarten sein, ob und welche Abgeordnete dieser Industriebezirke sich durch die angeführte Kundgebung einige Großindustriellen bestimmen lassen, entweder der Abstimmung am 24. Juli fernzubleiben oder umzufallen. Einstweilen vertritt die nationalliberale Partei übereinstimmend, daß an eine Veränderung der Haltung der nationalliberalen Partei nicht zu denken sei. Der „Hamm. Cour.“ gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß alle Bedingungen und alle Drohungen ihren Zweck nicht erreichen werden. Die Herrenhausbeschlüsse sind vom nationalen Standpunkt aus abzulehnen, weil ein einzelnes Vorgehen Preußens gerade in dieser Frage ein Hohn auf die schwerwiegende Reichseinheit ist; sie sind abzulehnen, weil ein auf Preußen und auf das Vereins- und Verordnungsrecht beschränktes „Sozialistengesetz“ praktisch völlig unbrauchbar ist und die sozialdemokratische Agitation selbst den beleben würde; sie sind abzulehnen, weil durch die Offenherzigkeit mancher Conservativen, zuletzt im „Deutschen Adelsbl.“ zweifellos klar gestellt ist, daß man in den Kreisen, die jetzt das Heft völlig in die Hand zu bekommen glauben, jenes Gesetz nur als einen ersten Schritt betrachtet, dem als zweiter der Kampf gegen den Liberalismus folgen müsse. Wir meinen, das wäre eine fahrlässige Reihe grundfester Bedenken, von denen jedes einzelne schon genügen würde, die von den konservativen Blättern so lebhaft verteidigten Herrenhausbeschlüsse à limine abzuwarten.

Fürst Hohenlohe.

Fürst Hohenlohe läßt, wie bereits gemeldet, sein Palais in der Briener-Straße in München in einer Weise in Stand setzen, daß man auf die Absicht einer dauernden Benutzung schließen kann. Prinz Albrecht, der Sohn des Königs, derselbe, von dem die Nachricht stammt, daß spätestens zum Herbst Fürst Hohenlohe sich in den Ruhestand zurückziehen werde, steht wegen Ankaufs eines Hauses in München in Unterhandlung. Die „Münchener Allg. Zeitung“, in welcher diejenigen Auslassungen aus der engeren Umgebung des Fürsten Hohenlohe, die für die höchst offizielle Veranlassung durch die „Nordb. Allg. Ztg.“ noch nicht veröffentlicht sind, untergebracht werden, bezeichnet die bisherige Lösung der Regierungskrisis als eine größere Fiktion und fordert die Einsetzung eines leitenden Ministers, der das volle Vertrauen des Kaisers besitze und ein „politischer Kopf“ sei. Als solcher in erster Linie Herr von Miquel oder Herr von Bülow in Frage kommen würde, oder ein bis jetzt nicht genannter Offizier, das mag einstweilen dahingestellt bleiben. Genug, man nimmt in politischen Kreisen nun einmal an, daß, trotz einer in ihren tiefsten Gründen noch nicht aufgeklärten Fiktion, mit welcher Fürst Hohenlohe an seinem Amte klebt, wenn der Herbst ins Land kommt, der preussische Ministerpräsident als Privatmann außer Landes gehen werde.

Insofern kann man von halber Arbeit und Fiktion sprechen in Bezug auf die „Lösung“ der Regierungskrisis.

Nach dem Gefühl des Volkes mußte Fürst Hohenlohe gehen, als Herr v. Miquel ging. War dieser schließlich an den Prozessen gegen Biedert, v. Bülow und v. Tausch gescheitert, wenigstens brachten diese Prozesse das Maß zum Überlaufen, so hatte Fürst Hohenlohe eine gewisse Verpflichtung, gleichzeitig den Abschied zu nehmen, da in Bezug auf diese Prozesse der Kanzler und der Staatssekretär solidarisierbar waren. Fürst Hohenlohe aber blieb; und als es sich darum handelte, Herrn v. Miquel eine Generalvollmacht der Krone Preußen für das Reich und die Krone Preußen zu geben, da widersetzte sich Fürst Hohenlohe dem Gedanken, daß er nur als Decorationsstück der Regierung betrachtet, nur als Repräsentations-Kanzler angesehen werden sollte. Wieder einmal kein Anschlag! Nun aber schielte sich der alte Herr doch selber davon überzeugt zu haben, daß mit gewissen Mächten kein ewiger Bund zu schließen ist. Die Frage des Militärstrafprozesses wird kritisch; wieder einmal erweisen sich die Einsprüche des Militärkabinetts, die offene Thüren finden, stärker als die Wünsche des Kanzlers und gewisser Einzelregierungen, und so konnte die realistische offizielle Note der „Nordb. Allg. Ztg.“, welche die Zusage des Reichskanzlers in der Richtung einer genügenden Berücksichtigung moderner Rechtsansichten bei der Militärstrafprozessreform in Erinnerung brachte, ganz wohl die Einstellung der kaiserlichen Rücktrittsbewegung bedeuten.

Fürst Hohenlohe geht viel zu spät für seinen Ruhm. Er hat an dem Kapital seines Rufes als im Grunde aufgeklärter, liberaler und volkreundlicher Staatsmann große Einbuße erlitten in der Zeit, in welcher er äußerlich an der Spitze der Regierung in Berlin gestanden hat, eine Zeit, welche, um von Anderem zu schweigen, allein zwei reaktionäre Umsturzvorläufe umfaßt. Was blüht auch alles Festhalten am Amte? Fürst Hohenlohe weiß doch gar zu gut, woher der Wind weht und welche eigenartige Lage jene eigenartigen persönlichen Zustände geschaffen haben, von denen man im Lande wenig weiß und spricht und desto mehr in Berlin, und zwar hier auch in solchen Kreisen und in ihnen am meisten und schärfsten, die man insgesamt für die Schwäche des Thrones hält. Fürst Hohenlohe hätte sich und dem Lande einen Dienst erwiesen, wenn er zu früherer Frist gegangen wäre. Es gab Momente genug, wo sein Rücktritt wie ein Ventilator gewirkt hätte im ganzen Reich; sein längerer Verweilen, seine indirekte Unterstützung von Zuständen, die zu einer immer größeren Schwächung des monarchischen Gedankens und nach der Meinung sehr maßvoller Männer zu einer Katastrophe führen müßten, das hat nur dazu beigetragen, einer auf die Dauer ganz unhaltbaren Lage den Schein des Normalen und Zulässigen zu verleihen. Man hat den Fürsten Hohenlohe mit großem Vertrauen kommen lassen; man wird ihn ohne Bedauern höchstens mit dem Bedauern über den Schaden, den er sich selber zugefügt hat — scheiden sehen.

Sesamol.

Die vor wenigen Tagen veröffentlichte Ausführungs-Verordnung des Bundesrats zum Margarinegesetz hat überall, weil die dem Sesamol darin zugewiesene Rolle, als gebundener (latenter) Farbstoff zu dienen, bis auf weiteres auch manchem Chemiker unverständlich ist. Es darf zur Erklärung daran erinnert werden, daß die Aufgabe des nach dem Gesetz der Margarine beizumengenenden Erkennungsmittels darin besteht, daß sich seine Anwesenheit durch sofort eintretende charakteristische Färbung der mit einem bestimmten chemischen Reagens betupften Margarine verrathen soll. So wurde anfanglich das Phenolphthalein zur Vermengung angewendet, weil eine geringe Zutat davon zur Margarine genügt, um sie bei der Berührung mit lauglichem Alkali an der berührten Stelle schon violett zu färben. Auch das später empfohlene Mittel mit dem langen Namen „Dimethylamidoazobenzol“, kürzer „Buttergelb“ benannt, erzeugte unter gleichen Umständen eine ähnliche Färbung, nur war das Herbeizumittel der Färbung in diesem Falle eine Mineralsäure. Das Phenolphthalein erwies sich im weiteren als unbenutzbar, weil weißer Käse die das Mittel enthaltende Margarine auffallend orangefarbte und ähnliche nicht beabsichtigte, den Genuß verleitende Färbungen bei Berührung mit andern zum Belgen von Margarinebutterbrot benutzten Sachen zu bezeugen waren. Von dem „Buttergelb“ wurde aber bis in die jüngste Zeit das Beste gesagt, es wirkte schon bei äußerst geringen Beimischungen, reagire bei Anwendung von Salzsäure durch lebhafteste Färbung auf zuverlässigste, löste feinerle Ueberfärbungen durch nicht gewollte Färbungen befürchten und sei im übrigen gänzlich harmlos. Was trotz dieser empfehlenden Eigenschaften des „Buttergelb“ schließlich zu Gunsten des bisher genannten Sesamöls den Ausschlag gegeben, wird wohl aus den in Kürze zu erwartenden weiteren Ausführungsverordnungen des Bundesrats hervorgehen. Noch fehlt Belehrung darüber, wie nun das Sesamol als Erkennungsmittel wirken soll, und welche chemische Reaction erforderlich ist, um die charakteristische Veränderung der damit verlegten Margarine herbeizuführen. Jedenfalls handelt es sich hier um eine bisher

unbekannte Eigenschaft des sonst sehr bekannten und als Verlängerungsmittel für viele höher im Preise stehenden Oele benutzten Sesamöls, auf deren Kundgabe man gespannt sein darf. Gegen die Verwendung des Sesamöls an sich läßt sich nichts einwenden, da es zu Speiseworden längst Verwendung findet, ja es darf vielleicht als eine glückliche Lösung der schwierigen Färbefrage gelten, daß der als Erkennungsmittel beizumengende Stoff ein den sonst zur Herstellung von Margarine benutzten Stoffen verwandter und wesensgleicher, kein verdächtig und in seinen Eigenschaften nicht völlig unbekannter Fremdstoff ist. Nur will es scheinen, daß der vorgeschriebene Zusatz von 10 und 5 v. H. Sesamol stärker in die Margarinefabrikation eingreift, als bei Ersatz des Gesetzes vorauszusehen war, wo es sich immer nur um verschwindend kleine Zusätze handelte. Doch sind hierüber die Margarinefabrikanten allein zuständig, die am besten beurtheilen können, ob ein zehnprozentiger Zusatz eines nicht trocknenden, erst bei — 5 Gr. C. erstarrenden Oeles auf die Beschaffenheit ihres Fabrikats nennenswerthen Einfluß hat oder nicht. Sesamol ist ein bedeutender Ausfuhrartikel Deutsch-Ostafrikas. Dieser Umstand mag zu Gunsten der vom Bundesrat getroffenen Entscheidung mit den Ausschlag gegeben haben.

Deutschland.

Berlin, 7. Juli.

Wie es heißt, wird demnächst eine Kundgebung der rheinisch-westfälischen Großindustrie zu Gunsten der Annahme des Vereinsgesetzes durch das Abgeordnetenhaus nach den Beschlüssen des Herrenhauses erfolgen.

In einer Eingabe des Centralausschusses laienmännlicher, gewerblicher und industrieller Vereine in Berlin an den Bundesrat wird ausgeführt, daß die thatsächlichen materiellen Verhältnisse die Nothwendigkeit der Errichtung laienmännlicher Schiedsgerichte und die Schaffung von Sondergerichten zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Prinzipal und eierseits und Handlungsgehilfen und Gehilfen andererseits (nach Art der Gewerbegerichte) nicht begründen, daß es aber trotzdem zweckmäßig erscheint, dem vielfach ausgesprochenen Wunsch nach prozessualischer Beschleunigung derartiger Streitigkeiten und, falls sich ein gangbarer Weg dazu findet, auch dem allgemein social politischen Gedanken Rechnung zu tragen.

Die „Schaumburg-Verfessene Landeszeitung“ theilt mit, daß das zur Entscheidung der Lippeschen Thronfolgefrage eingesetzte Schiedsgericht den Anspruch des Grafen Ernst zu Lippe-Verfessene anerkannt habe.

Die verbollständigte Grenzverre gegen die russische Schweine-Einfuhr erfolgt, wie aus Rattowitz gemeldet wird, am 1. September.

Für die Reichstags-Erfassung in Westpreignitz ist von den Antikemiten der „Deutschen Wacht“ zufolge der Rechtsanwalt Dr. Wohlschlag in Rottow in Aussicht genommen worden. Das genannte Blatt meint, daß der conservative Candidat diesmal keine Aussicht habe, im ersten Wahlgang den Sieg davonzutragen.

Daß v. Tausch jetzt ein Abschiedsgesuch eingereicht habe, wird vom „Totalanzeiger“ bestritten. Ein Abschiedsgesuch Tauschs liegt nicht vor. So lange v. Tausch auf Urlaub ist, ruht die Angelegenheit.

Zu den Beschlüssen des Vorstandes des Vereins Berliner Getreide- und Productenbändler über die Einleitung des Oberpräsidenten bemeht der „Correspondent des Schupverbandes gegen agrarische Uebergriffe“: Aus diesen Beschlüssen geht mit völliger Klarheit hervor, daß die Berliner Productenbändler zu einem solchen Frieden unter keinen Umständen bereit sein werden. Und das muß allerseits Billigung finden. Zu einer ungerechtfertigten Nachgiebigkeit liegt aber auch durchaus keine Veranlassung vor. Denn durch den Kampf, der der Berliner Wölfe aufgezogen wurde und den sie bisher mit so viel Tharheit und Umsicht durchgeführt hat, ist schon ein großer Theil der Vertreter des Productenhandels, die man ursprünglich seitens der Agrarier schmähte mit einer Handbewegung bei Seite zu schieben gedachte, find als „kriegsfähige Mächte“, wenn man so sagen darf, anerkannt; und der Minister und die Agrarier sehen sich genöthigt, die Kaufleute um Verhandlungen über einen Ausgleich zu unterwerfen. Von solcher Auffassung hört man nichts mehr, daß der Handel sich nicht nur den Gesetzen, was selbstverständlich ist, sondern auch agrarischen Verwaltungserlassen stillschweigend zu unterwerfen habe. Heute ist man bereit, zu bereuen, wie die legitimen Ansprüche des Handels befriedigt werden können, und die in dieser Hinsicht liegende eklantante Niederlage des Bundes der Landwirtschaft ist immerhin ein erstes Zeichen für künftige bessere Zeiten.

Der von den Vertretungen handelnde § 11 des Preßgesetzes hat kürzlich zu einer Entscheidung des Kammergerichts Anlaß gegeben, über die wir der „N. A. Z.“ folgendes entnehmen: Die Ver-

richtung selbst muß so beschaffen sein, daß sie einschließend der Unterschrift des Namens ohne Einschaltungen und Weglassungen erfolgen kann. Dies folgt zwingend aus der Bestimmung des Gesetzes, daß die Vertichtung ohne Einschaltungen und Weglassungen aufgenommen werden muß. Der Redacteur ist weder berechtigt noch verpflichtet, aus einer Vertichtung dasjenige, was sich gegen thatsächliche Angaben richtet und wieder Thatfachen enthält, herauszuschälen und diesen Rest der Vertichtung anzunehmen. Enthält die Vertichtung vielmehr auch nur einen Satz, der über den Rahmen einer zulässigen Vertichtung hinausgeht, so kann der Redacteur die ganze Vertichtung ablehnen. Das königliche Kammergericht, als letzte Instanz in diesen Sachen, hat diesen Rechtsatz in einem in dem neuesten Jahrbuch seiner Entscheidungen abgedruckten Urtheil (Band 16 Seite 433) ganz klar zu Ausdruck gebracht. Der angeklagte Redacteur war vom Verurtheilungsgewicht wegen Nichtaufnahme einer Vertichtung verurtheilt. Das Kammergericht hat auf eingelegte Revision das Urtheil aufgehoben und den Angeklagten von Strafe und Kosten freigesprochen. In den Gründen heißt es: „Der die Vertichtung verlangende Brief enthält einen Schlussatz, von welchem äußerlich durch den Absatz bei den Worten: „Wenn Ew. Wohlgeboren“ als auch durch den Inhalt erkennbar ist, daß er nicht mehr zur Vertichtung gehört. Durch das Einschalten dieses Schlussatzes zwischen die Vertichtung und die Namensunterschrift ist aber ein formeller, wesentlicher Mangel der Vertichtung herbeigeführt. Außer den Erfordernissen, daß die Vertichtung sich auf Thatfachen beschränke und keinen falschen Inhalt habe, verlangt der § 11 des Preßgesetzes, welcher Vorschriften formaler Natur enthält und demgemäß ganz strikt auszuulegen ist, daß die Vertichtung unterzeichnet sein. Die Vertichtung muß daher, wie aus dem gesamten Inhalt zu entnehmen ist, so abgefaßt und beschaffen sein, daß sie einschließend der Unterschrift des Namens ohne Einschaltungen und Weglassungen erfolgen kann. Vorliegend hätte der Angeklagte, um eine unterzeichnete Vertichtung herzustellen, den Schlussatz weglassen müssen; hierzu war er weder verpflichtet noch berechtigt. In den Vorschriften im § 11 auch nur in einem Punkte nicht Genüge gethan, so ist der Redacteur nicht verpflichtet, die Vertichtung aufzunehmen.“

Der Senat in Bremen beantragt bei der Bürgerschaft die Bewilligung von 1.900.000 Mk. zur Entleerung von 350 Grundstücken neben dem Fährbezirk beider Ufer von zwei neuen, durch den Ausbesserung des Seeschiffverkehrs notwendig gewordenen großen Häfen.

Göteborg, 7. Juli, Vormittags. Nachdem die Witterungsberichte von gestern Abend für eine Weiterreise nicht günstig waren, ist die „Göteborgs-Tidning“ in der vergangenen Nacht bei Göteborg vor Anker geblieben und ist über die Wetterreise vom Kaiser noch kein Beschluß gefaßt. An Bord Alles wohl.

Heer und Marine.

Prinz Heinrich übernimmt im Herbst die erste Marineinspektion in Kiel.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die „N. Fr. Pr.“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Führer der Deutschböhmen, Dr. Schlegler. Derselbe versichert den Austritt der Deutschen aus dem böhmischen Landtage stehe außer Zweifel.

Italien.

Die Wahlprüfungscommission der Kammer erklärte die Wahl Cipriatis für ungültig, da derselbe nicht wählbar sei.

Einer Depesche aus Bologna zufolge hat die Entlosgelamter im Prozess Savilla die Verurteilung des Kämpfers vorsetzen und die Erklärung abgegeben, daß entsprechend dem durch die Angelegenheit blutvoll geschaffenen Präzedenz Fall die Deputirtenkammer allein die gerichtliche Zuständigkeit festzustellen das Recht habe. Wie verlautet, werde Celsi die Kassation einlegen.

Rußland.

Der König von Siam ist am Dienstag Abend von Peterhof nach Moskau abgereist; Kaiser Nicolaus und die Großfürsten geleiteten den König zum Bahnhof.

Graf Schuwalow hat in Deutschland Stellung seines Feldens gefunden. Er ist am Dienstag Abend mittels Sonderzuges von Wildpark Station über Charlottenburg und Berlin nach seinen Familienbesitzungen in Rußland abgereist.

Frankreich.

Wegen Waarenwuchers hat die Pariser Staatsanwaltschaft die strafgerichtliche Untersuchung gegen die Directionen von 12 Porzellanwaaren-Fabriken eingeleitet. Die Directionen hatten ein Cartell gebildet und mehrere Concurrenten zur Sperrung ihrer Fabriken gezwungen.

Die Kammer bewilligte einen Credit von sieben Millionen Francs für die Opfer der jüngsten elementaren Ereignisse in Frankreich, Alger und Guadeloupe.

Beilage zur Altpreußischen Zeitung.

Nr. 158.

Elbing, den 9. Juli 1897.

Nr. 158.

